Beteiligung

Wie plant die Partei, dass junge Menschen bei Entscheidungen der Stadt, auch unabhängig von bestehenden Gremien, beteiligt werden?

SPD: Wir wollen die bestehenden offenen und projektbezogenen Beteiligungsangebote gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendbüro weiter stärken, damit junge Menschen ihre Ideen auch ohne Mitgliedschaft in einem festen Gremium einbringen können. Bei allen städtischen Vorhaben, die ihre Interessen berühren, sollen Kinder und Jugendliche frühzeitig, verständlich und mit tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten beteiligt werden. Anschließend muss transparent erklärt werden, welche Vorschläge umgesetzt wurden und warum andere nicht berücksichtigt werden konnten. Denkbar wären Stadtteilforen zu konkreten Themen, um Kinder und Jugendliche noch breiter zu beteiligen.

CDU: Wir holen euch ab: Jugendforen direkt in Schulen, Vereinen und Jugendzentren bringen Beteiligung zu euch. Digital mitreden: Über die Wolfsburg-App wollen wir einfache digitale Beteiligung ermöglichen. Der Jugendcheck: Bei wichtigen Vorhaben soll geprüft werden, wie sie sich auf junge Menschen auswirken. Keine Blackbox: Ihr sollt zukünftig transparent erfahren, was aus euren Vorschlägen wird.

PUG (ehrlich. kritisch. unabhängig. – Parteipolitisch Unabhängige Gemeinschaft Wolfsburg e.V.): Junge Menschen können nicht bei jeder Entscheidung mitreden, aber bei den Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen, schon. Beteiligung darf keine Alibiveranstaltung sein. Wer beteiligt, muss anschließend ehrlich erklären, warum ein Vorschlag umgesetzt wurde oder eben nicht. Dabei müssen demokratische Entscheidungsprozesse und die Zuständigkeiten der gewählten Gremien gewahrtbleiben.

Bündnis 90 / Die Grünen: Wir wollen neben dem Jugendbeirat neue, lockere Mitmach-Formate einführen, bei denen du ohne feste Mitgliedschaft mitreden kannst. Dazu gehören offene Jugendforen zu Themen wie Klima, Freizeitflächen und Mobilität sowie mehr eigenes Geld (Budgets) für Jugendprojekte, damit eure Ideen auch wirklich umgesetzt werden. Auch digitale Plattformen sollen ausgebaut werden, damit du deine Vorschläge einfach und schnell von überall einreichen kannst.

AfD: Die Partei hat bis zum 24.08.2026 keine Antworten abgegeben.

FDP: Junge Wolfsburgerinnen und Wolfsburger sollen z. B. durch Online-Befragungen die Möglichkeit erhalten, ihre politischen Meinungen und Ideen einzubringen, wobei Schülerinnen und Schüler durch die gezielte Zusammenarbeit mit Schulklassen direkt angesprochen werden sollen, damit sich möglichst alle beteiligen können und breitere Perspektiven sichtbar werden. Ebenfalls können wir uns vorstellen, kleine „Events“, wie z. B. Talks mit Musik, anzubieten, bei denen in lockerer Atmosphäre über die Ideen, Wünsche und Gedanken zu Wolfsburg sowie über wichtige politische Entscheidungen informiert und gesprochen wird. So wollen wir jungen Menschen verschiedene Möglichkeiten bieten, sich unkompliziert und niedrigschwellig in die Politik und die Entwicklung Wolfsburgs einzubringen.

Die Linke: Demokratie lernt man nicht im Unterricht, sondern indem die eigene Stimme tatsächlich etwas bewirkt. Deshalb wollen wir, dass Jugendliche bei allen sie betreffenden Entscheidungen verbindlich und barrierefrei beteiligt werden, der Kinder- und Jugendbeirat ein festes Antragsrecht im Rat sowie seinen Ausschüssen erhält und transparent nachvollziehbar gemacht wird, welche Vorschläge umgesetzt werden und warum andere nicht. Außerdem setzen wir uns für ein festes Jugendbudget ein, über das junge Menschen selbst entscheiden können.

Volt: Wir setzen uns für regelmäßige Befragungen zu aktuellen politischen Themen von Schüler:innen in den Klassenräumen ein. Schulen sollen mit einem eigenständigen Budget ausgestattet werden, über das die Schüler:innen eigenverantwortlich und demokratisch bestimmen dürfen. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass junge Menschen in allen Ausschüssen des Rates eine Vertretung stellen können.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Junge Menschen sollen in Wolfsburg nicht nur angehört werden, sondern konkrete Möglichkeiten bekommen, ihre Stadt mitzugestalten. Wir wollen deshalb neben bestehenden Gremien niedrigschwellige Beteiligungsformate schaffen, bei denen Jugendliche direkt Vorschläge für ihren Stadtteil einbringen und über deren Umsetzung mitentscheiden können – denn gute Jugendpolitik muss dort ansetzen, wo junge Menschen leben.

Jugendarbeit

Mit welchen Maßnahmen will die Partei die konstante Qualität und Quantität von offener und verbandlicher Jugendarbeit in Wolfsburg sicherstellen?

SPD: Die Angebote der offenen und verbandlichen Jugendarbeit gehören für uns zur unverzichtbaren sozialen Infrastruktur und müssen auch in einer schwierigen Haushaltslage verlässlich finanziert werden. Deshalb wollen wir die Jugendtreffs und die mobile Jugendarbeit erhalten sowie den Stadtjugendring und seine Mitgliedsverbände als wichtige Partner dauerhaft stärken. Über notwendige Weiterentwicklungen wollen wir regelmäßig mit jungen Menschen, Fachkräften und Jugendverbänden beraten, damit Personal, Räume und Angebote dem tatsächlichen Bedarf entsprechen.

CDU: Kein Rotstift bei der Jugend: Jugendarbeit ist für uns kommunale Kernaufgabe und muss verlässlich finanziert werden. Planungssicherheit: Mehrjährige Fördervereinbarungen geben Jugendhäusern und Fachkräften Sicherheit. Weniger Bürokratie: Einfachere Anträge schaffen mehr Zeit für die eigentliche Jugendarbeit. Ehrenamt stärken: Wir fördern Kooperationen, gemeinsam genutzte Räume und entlasten Ehrenamtliche.

PUG: Jugendarbeit ist wichtig. Aber jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Gute Politik verspricht nicht immer mehr, sondern sorgt dafür, dass Angebote dauerhaft finanzierbar bleiben, auch für die Generationen, die nach uns kommen.

Bündnis 90 / Die Grünen: Wir sichern die finanzielle und personelle Ausstattung von Jugendzentren, Jugendtreffs und Freizeitheimen fest ab, weil Jugendarbeit für uns ein unverzichtbarer Teil der Stadt ist. Die Öffnungszeiten sollen besser an euren Alltag angepasst werden – also auch abends und am Wochenende. Zudem weiten wir die mobile Jugendarbeit (Streetwork) aus und unterstützen selbstverwaltete Projekte von jungen Menschen direkt.

AfD: –

FDP: Es ist eine zentrale Aufgabe der Stadt, die notwendigen Leistungen zu erbringen und gleichzeitig Hürden abzubauen. Wo möglich, fordern wir einen Bürokratieabbau: Vereine und Jugendorganisationen sollen durch verständliche, digitale und kürzere Förderanträge sowie weniger Verwaltungsaufwand entlastet werden. Ebenso wollen wir das Ehrenamt weiter stärken – wer sich ehrenamtlich engagiert, insbesondere in der Jugendarbeit, soll bessere Unterstützung erhalten und gezielt gefördert werden

Die Linke: Weil gute Jugendarbeit nicht davon abhängen darf, ob im nächsten Haushalt Geld übrig ist, fordern wir eine mehrjährige, strukturelle Finanzierung der offenen und verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit in Wolfsburg, die steigende Personal- und Sachkosten in der Förderung berücksichtigt. Der Fokus liegt dabei auf einer verlässlichen, unbürokratischen Grundförderung statt komplexer, projektbasierter (und damit zeitlich begrenzter) Förderverfahren, damit die Finanzierung von Hauptamtlichen, Räumlichkeiten und weiteren Strukturen für Vereine und Initiativen überhaupt ermöglicht wird. Die Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring Wolfsburg e.V. als zentrale, unabhängige Schnittstelle zwischen Jugendgemeinschaften, Politik und Stadtverwaltung möchten wir weiterhin fördern und schützen.

Volt: Wir setzen uns für langfristige Budgetzusagen zur besseren personellen und finanziellen Planbarkeit ein. Wir möchten Qualifizierungsangebote zum Empowerment von Ehrenamtlichen zum Erhalt von Angeboten (siehe Freizeitheim Detmerode) schaffen. Wir wollen die Einbindung und Förderung von Vereinen und sonstigen Trägern der Jugendarbeit.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Gerade in einer Stadt mit vielen unterschiedlichen Stadt- und Ortsteilen brauchen junge Menschen wohnortnahe Orte, an denen sie sich treffen, austauschen und ihre Freizeit verbringen können. Wir wollen deshalb Jugendhäuser, Jugendräume und offene Angebote in den Ortsteilen verlässlich sichern und stärken, damit gute Jugendarbeit nicht davon abhängt, wo in Wolfsburg ein junger Mensch wohnt.

Ausbildung

Wie kann die Partei weitere attraktive Ausbildungs- und Arbeitsplätze außerhalb der für Wolfsburg typischen Automobilbranche fördern?

SPD: Wir wollen gezielt Unternehmen aus Zukunftsbranchen wie Medizintechnik, urbanen Technologien, Kreislaufwirtschaft, Digitalisierung und Zivilschutz ansiedeln und dadurch neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen. Gleichzeitig werden wir den Regionalverbund für Ausbildung stärken, der gemeinsam mit seinen Partnerbetrieben jungen Menschen vielfältige Ausbildungswege auch außerhalb der Automobilindustrie eröffnet und sie bis zum Abschluss begleitet. Unser Ziel bleibt: Kein junger Mensch ohne Anschluss und mehr berufliche Perspektiven in einer breit aufgestellten Wolfsburger Wirtschaft.

CDU: Wirtschaft breiter aufstellen: VW bleibt unser starker Partner – gleichzeitig machen wir Wolfsburg unabhängiger und krisenfester. Neue Zukunftsjobs: Wir setzen auf Green Tech, KI, Medizintechnik, Sicherheitswirtschaft und innovative Mobilität. Forschung trifft Wirtschaft: Hochschulen, Start-ups und Mittelstand wollen wir stärker miteinander vernetzen. Schneller ansiedeln: Kürzere Genehmigungen bringen neue Unternehmen, Jobs und Ausbildungsplätze nach Wolfsburg.

PUG: Volkswagen bleibt das Fundament unserer Stadt. Gleichzeitig müssen wir weitere Unternehmen gewinnen und den Mittelstand stärken. Wirtschaftliche Vielfalt macht Wolfsburg unabhängiger und schafft sichere Perspektiven.

Bündnis 90 / Die Grünen: Wir wollen die Zusammenarbeit mit regionalen Forschungseinrichtungen und Hochschulen wie der Ostfalia oder der Akademie 42 massiv ausbauen, um neue Berufsfelder zu öffnen. Im Bereich Wirtschaft setzen wir voll auf eine grüne Transformation und Innovationen, was neue, zukunftssichere Jobs bringt. Außerdem fördern wir gezielt das Handwerk sowie kreative Projekte wie Schülerfirmen und Wettbewerbe (z.B. „Jugend forscht“), um den Einstieg in andere Branchen zu erleichtern.

AfD: –

FDP: Wir wollen die Wolfsburger Wirtschaft diversifizieren und die Ansiedlungen anderer Branchen, wie z.B. zum Zivilschutz, fördern, um als Stadt unabhängig(er) von Volkswagen zu werden. Je mehr unterschiedliche Branchen vor Ort ansässig sind, desto mehr verschiedene Ausbildungs- und Arbeitsplätze gibt es – und umso stabiler ist die Wirtschaft vor Ort.

Die Linke: Attraktive Ausbildungs- und Arbeitsplätze bedeuten für uns mehr als möglichst viele freie Stellen. Damit Jugendliche den Betrieb finden, der zu ihnen passt und dort eine hochwertige Ausbildung erhalten, wollen wir echtes „Ausbildungs Matching“ fördern indem wir gemeinsam mit Schulen und Betrieben mehr Schnuppertage, Kurzpraktika und Betriebsbesuche ermöglichen und gerade kleinere Ausbildungsbetriebe stärker sichtbar machen. Ein Wolfsburger Ausbildungsnetzwerk soll kleinere Betriebe bei der Qualifizierung ihrer Ausbilder*innen und einer guten Ausbildungsqualität unterstützen, Azubis besser vernetzen und ihnen bei Problemen schnelle unabhängige Beratung und Unterstützung vermitteln.

Volt: Wir wollen, dass du eine größere Auswahl an Branchen und Karrieremöglichkeiten hast und machen uns daher für die Ansiedlung neuer Branchen stark (Automatisierung-/Digitalisierung, Medizin, Zivil- und Katastrophenschutz und Kreislaufwirtschaft). Wir wollen mehr kostenlose Angebote bereitstellen, um durch neue Lernformate die Kreativität von Menschen zu fördern. Durch ein neu zu schaffendes Start-Up-Zentrum wollen wir den Weg zu einer eigenen Unternehmensgründung vereinfachen.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Wolfsburg darf wirtschaftlich nicht dauerhaft von einer einzigen Branche abhängig sein – gerade jungen Menschen müssen auch außerhalb der Automobilindustrie attraktive Ausbildungs- und Arbeitsplätze offenstehen. Wir wollen deshalb Handwerk, Mittelstand, Gesundheits- und Sozialwirtschaft sowie innovative Unternehmen stärken (u.a. mit abgestimmter Lehrstellenbörse) und die berufliche Bildung ausbauen. Wolfsburg soll auch für junge Menschen, die nicht bei Volkswagen arbeiten wollen, eine Stadt mit echten Zukunftsperspektiven sein.

Wehrpflicht

Wie steht die Partei zur Wehrpflicht beziehungsweise zu einem verpflichtenden Gesellschaftsjahr?

SPD: Über Wehrpflicht und Gesellschaftsjahr entscheidet der Bund, nicht der Wolfsburger Stadtrat; angesichts der veränderten Sicherheitslage nehmen wir den notwendigen Schutz unseres Landes und die Sorgen junger Menschen gleichermaßen ernst. Die SPD setzt zunächst auf einen attraktiven freiwilligen Wehrdienst. Sollte dieser nachweislich nicht ausreichen, müsste der Bundestag transparent über eine am tatsächlichen Bedarf orientierte Wehrpflicht entscheiden. Ein allgemeines verpflichtendes Gesellschaftsjahr lehnen wir ab und wollen stattdessen freiwilliges Engagement besser bezahlen, anerkennen und für alle jungen Menschen zugänglich machen.

CDU: Verantwortung übernehmen: Wir unterstützen den neuen Wehrdienst als Schritt zu einer aufwachsenden Wehrpflicht. Ein Jahr für die Gemeinschaft: Perspektivisch setzen wir uns für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr ein. Ihr habt die Wahl: Bundeswehr, Katastrophenschutz, soziale, ökologische oder kulturelle Dienste – ihr entscheidet, wo ihr euch einbringt.

PUG: Freiheit und Sicherheit sind keine Selbstverständlichkeit. Deshalb halte ich es für richtig, auch über Verantwortung gegenüber unserer Gesellschaft zu sprechen. Wer Rechte in Anspruch nimmt, sollte auch bereit sein, seinen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Am besten ist es, wenn Verantwortung freiwillig übernommen wird, weil ihr Sinn verstanden wurde.

Bündnis 90 / Die Grünen: Wir erteilen einer Rückkehr zur Wehrpflicht oder der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht eine klare Absage, da Zwang nicht die richtige Antwort auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen ist. Statt die Verantwortung auf junge Menschen abzuladen, wollen wir die echte Freiwilligkeit stärken. Für uns bedeutet moderne Sicherheit und Zusammenhalt, dass Engagement durch attraktive Bedingungen beim Freiwilligen Sozialen Jahr oder im Katastrophenschutz gefördert wird – komplett ohne Zwang und auf Augenhöhe mit der Jugend.

AfD: –

FDP: Gesellschaftliches Engagement muss freiwillig bleiben – jeder Mensch sollte frei entscheiden können, womit er oder sie seine Lebenszeit gestaltet. Eine Wehrpflicht lehnen wir daher ab – wir setzen uns aber dafür ein, dass die Voraussetzungen für ein freiwilliges Gesellschaftsjahr geschaffen werden, z.B. indem dafür eng mit Vereinen, Krankenhäusern, Hospizen, Rettungsdiensten und weiteren Institutionen zusammengearbeitet wird, damit im Krisenfall ausreichend Plätze und Strukturen vorhanden sind.

Die Linke: Wir lehnen Wehrpflicht und verpflichtende Gesellschaftsjahre ab, weil junge Menschen selbst entscheiden sollen, wie sie sich gesellschaftlich engagieren möchten. Statt Zwangsdiensten, wollen wir freiwilliges Engagement durch gute Bezahlung, bessere Rahmenbedingungen und ausreichend reguläre Stellen in sozialen, gesundheitlichen und gemeinnützigen Bereichen stärken. Wir sind überzeugt, dass viele junge Menschen gerne einen sinnvollen Beitrag leisten möchten– wenn sie dabei nicht als billige Arbeitskräfte zu schlechten Arbeitsbedingungen ausgenutzt werden.

Volt: Wir lehnen eine Dienstpflicht ab, weil sie erneut staatliche Versäumnisse auf junge Menschen abwälzt und Probleme verschiebt, statt sie zu lösen. Deutschland braucht keine Wehrpflicht, sondern eine moderne, freiwillige Sicherheitsarchitektur über europäische Grenzen hinweg. Wir fordern den konsequenten Ausbau freiwilliger Dienste mit fairer Bezahlung, klaren arbeitsrechtlichen Standards und zeitlich flexiblen Modellen.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Das BSW lehnt eine allgemeine Wehrpflicht und ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr ab und setzt stattdessen auf Freiwilligkeit und attraktive Rahmenbedingungen für gesellschaftliches Engagement. Junge Menschen sollen sich aus Überzeugung für unsere Gesellschaft einsetzen können und nicht zu einem Dienst verpflichtet werden.

ÖPNV

Welche Pläne hat die Partei zu bezahlbarer und flexibler Mobilität für junge Menschen?

SPD: Junge Menschen müssen Schule, Ausbildung und Freizeitangebote auch ohne eigenes Auto zuverlässig und bezahlbar erreichen können. Deshalb wollen wir den ÖPNV bedarfsgerecht weiterentwickeln, die Stadtteile besser miteinander verbinden und das PlusBus-Angebot in den Nebenzeiten auf die Ortsteile ausweiten. Mit unserer Initiative wurde außerdem das 30 €-Schülerticket im Regionalverband eingeführt und trotz Deutschlandticket fortgeführt. Darüber hinaus haben die Instandsetzung und Verbesserung der Rad- und Fußwege für uns Priorität. Wir wissen, dass das ein Thema ist, dass junge Menschen bewegt und werden uns dafür einsetzen, dass bei allen Zukunftsthemen der Mobilität junge Menschen beteiligt werden.

CDU: Mobil in jedem Ortsteil: Auch abends und am Wochenende müsst ihr zuverlässig nach Hause kommen. Flexibel auf Abruf: Rufbusse und On-Demand-Shuttles sollen Lücken im Nahverkehr schließen. Sicher auf zwei Rädern: Wir investieren in bessere und sichere Radwege. Alles in einer App: Echtzeit-Fahrpläne, Buchung und Tickets wollen wir in der Wolfsburg-App bündeln.

PUG: Nicht jeder braucht ein Auto. Ein gutes Radwegenetz, E-Bikes und ein verlässlicher Nahverkehr sind oft die bessere Lösung. Aufgabe der Stadt ist es, dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen, wie jeder Einzelne sie nutzt, entscheidet er selbst.

Bündnis 90 / Die Grünen: Wir führen ein 365-Euro-Ticket ein, mit dem du für nur einen Euro am Tag das ganze Jahr Bus und Bahn nutzen kannst. Das Schülerticket soll ohne Mindestentfernung zur Schule gelten, und auch Azubis sowie Studierende werden komplett eingebunden. Für die Nacht und für schwächer besiedelte Stadtteile planen wir flexible On-Demand-Shuttles (Bürgerbusse) sowie ein breites Netz an sicheren Radwegen und Sharing-Stationen für E-Bikes und Scooter.

AfD: –

FDP: Wir wollen sicherstellen, dass der ÖPNV weiterentwickelt wird, z. B. durch direkte Busverbindungen, um eine schnelle und zuverlässige Mobilität zu gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Erarbeitung möglicher Optionen zur Verbesserung der Mobilität eng mit jungen Menschen in Wolfsburg zusammengearbeitet wird, um ihre Bedarfe, Probleme und Ideen direkt einzubeziehen.

Die Linke: Mobilität bedeutet für junge Menschen Freiheit und Teilhabe – deshalb wollen wir ein stark vergünstigtes (und perspektivisch kostenloses) Jugendticket für alle jungen Wolfsburger*innen unabhängig vom Schulstandort und egal, ob sie in Freizeit, Ehrenamt, Ausbildung, Studium, Arbeit oder Freiwilligendienst unterwegs sind. PlusBus und Bike-Sharing wollen wir bedarfsgerecht ausbauen - Standorte und Versorgungslücken sollen dabei in Beteiligungsformaten mit jungen Menschen ermittelt werden. Wo ein Führerschein für Ausbildung oder Beruf notwendig ist, wollen wir gemeinsam mit der Jugendberufsagentur Wege schaffen, damit er für junge Menschen mit wenig Geld nicht an den Kosten scheitert.

Volt: Wir wollen, dass du jederzeit - auch ohne einen Führerschein benötigen zu müssen - schnell, günstig und sicher von A nach B kommen kannst und wollen daher das Angebot des Plusbusses zeitlich ausbauen und den Bus-Netzplan überarbeiten lassen. Weiterhin möchten wir, dass Radfahren in Wolfsburg Spaß macht, indem es klare Wegeführungen sowie breite und huckelfreie Wege gibt.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Gerade in einer flächigen Stadt wie Wolfsburg brauchen junge Menschen auch außerhalb der Innenstadt verlässliche Mobilität. Wir wollen deshalb Busverbindungen und flexible Angebote insbesondere zwischen den Ortsteilen, der Innenstadt, Schulen, Ausbildungsbetrieben und Freizeiteinrichtungen stärken, damit Jugendliche nicht vom Elterntaxi abhängig sind. Weiterer Baustein ist Fahrrad- und Radwegeförderung, um auch mit dem Rad flexibel unterwegs zu sein.

Klimaschutz

Welche Ansätze verfolgt die Partei um in Zukunft Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in Wolfsburg umzusetzen?

SPD: Die SPD-Fraktion hat den Masterplan 100 % Klimaschutz angestoßen; nun wollen wir seine Maßnahmen konsequent umsetzen und regelmäßig überprüfen. Vom Ausbau erneuerbarer Energien und der energetischen Sanierung bis zu klimafreundlicher Mobilität und einer klimaneutralen Stadtverwaltung. Zugleich setzen wir das Wolfsburger Klimaanpassungskonzept um, unter anderem mit mehr Bäumen und Schatten, begrünten Gebäuden und Freiflächen sowie einem besseren Wassermanagement nach dem Prinzip der Schwammstadt. Bei der Gestaltung von Schulhöfen, Spielplätzen und öffentlichen Räumen sollen Kinder und Jugendliche aktiv weiterhin beteiligt werden.

CDU: Mehr Grün, weniger Hitze: Wir schaffen mehr Bäume, Schatten und Grünflächen und entsiegeln geeignete Flächen. Erste Projekte sind schon gestartet, weitere folgen. Schutz vor Extremwetter: Schulen, Kitas und öffentliche Plätze machen wir fit gegen Hitze und Starkregen mit Verschattung und Entsiegelung. Technologie statt Verbote: Wir bauen Ladeinfrastruktur, erneuerbare Energien und Kreislaufwirtschaft weiter aus. Klima und Jobs zusammendenken: Klimaschutz muss wirksam, bezahlbar und wirtschaftlich vernünftig sein.

PUG: Klimaschutz bedeutet für mich, verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umzugehen. Die Stadt muss dort handeln, wo sie selbst Einfluss hat, etwa bei Stadtplanung, Verkehr, Energie und dem Schutz vor Hitze und Starkregen, ohne Klimaschutz zur reinen Symbolpolitik zu machen. Nachhaltigkeit ist mehr als ein politisches Schlagwort, sie verlangt Konsequenz und muss auch für kommende Generationen finanzierbar bleiben.

Bündnis 90 / Die Grünen: Wir machen Wolfsburg zur „Schwammstadt“, indem wir Regenwasser direkt vor Ort versickern lassen und kühle Rückzugsorte gegen extreme Hitze schaffen. Alle geeigneten Dächer von öffentlichen Gebäuden (wie Schulen) bekommen bis 2031 verpflichtend Solaranlagen, und wir pflanzen deutlich mehr große Bäume in dicht bebauten Stadtteilen. Zudem führen wir ein eigenes Klimabudget und einen „Klimavorbehalt“ für politische Entscheidungen ein, damit kein Beschluss das Klima verschlechtert.

AfD: –

FDP: Wir fordern eine gezielte Verbesserung des Wolfsburger Mikroklimas, z. B. durch die Entsiegelung geeigneter Flächen, die Begrünung des öffentlichen Raums sowie die Entwicklung eines nachhaltigen Regenwasser- und Gewässermanagements bei allen relevanten Stadtentwicklungsprojekten. Der Hitzeschutzplan für Wolfsburg muss überarbeitet werden, sodass Wolfsburg auch für heiße Tage gut vorbereitet ist.

Die Linke: Klimaschutz und Klimaanpassung müssen im Alltag wirksam sein: mehr Schatten, Grün und kostenlose Trinkwasserbrunnen an Schulen, Jugendorten sowie öffentlichen Plätzen und weniger versiegelte Flächen, damit Wolfsburg auch bei Hitze und Starkregen lebenswert bleibt. Gleichzeitig wollen wir die beschlossenen Wolfsburger Klimaziele konsequent umsetzen– mit erneuerbaren Energien auf öffentlichen Gebäuden, energetischer Sanierung und einer klimafreundlichen Wärme- und Verkehrswende. Dabei gilt für uns: Klimaschutz darf keine Frage des Geldbeutels sein– die Kosten der Klimakrise und ihrer Bewältigung dürfen nicht bei denen landen, die ohnehin wenig haben.

Volt: Wir erkennen den menschengemachten Klimawandel als eine der größten Krisen unserer Zeit an und sehen die dringende Notwendigkeit zur umfassenden und konsequenten Anpassung auf die Klimakrise. Hierfür machen wir uns für diverse Maßnahmen stark, wie einer größeren Entsiegelung von Flächen, der Begrünung von Flächen (Innenstadt, Dächer), der Ausweitung von Verschattungsmöglichkeiten sowie der Ausweitung von Wasserflächen und Wasserspendern. Bei Bauinitiativen muss ein größerer Fokus auf nachhaltige Klimaresilienz gelegt werden, bspw. durch den Einsatz innovativer Materialien, wie Klimasteinen.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Wolfsburg muss sich auf zunehmende Hitzeperioden und Starkregen vorbereiten, ohne Klimaschutz zur sozialen Belastung zu machen. Wir wollen deshalb mehr Bäume und schattige Aufenthaltsorte, entsiegelte Flächen und eine klimaangepasste Stadtentwicklung – gerade dort, wo junge Menschen unterwegs sind, etwa an Schulen, Sportplätzen und öffentlichen Treffpunkten. Global gesehen muss Klimaschutz aber vor allem dort ansetzen, wo die größten Emissionen entstehen: Deutschland verursacht rund 1,5 Prozent des weltweiten fossilen CO_2-Ausstoßes, während allein China für rund ein Drittel verantwortlich ist.

psychische Gesundheit

Wie plant die Partei die psychische und physische Gesundheit von jungen Menschen in Wolfsburg zu fördern und zu schützen?

SPD: Wir wollen niedrigschwellige Beratungs- und Präventionsangebote besser vernetzen und dort erreichbar machen, wo junge Menschen ihren Alltag verbringen, in Schulen, Jugendtreffs und den Stadtteilen. Schulsozialarbeit, Jugendförderung und Beratungsstellen müssen ausreichend ausgestattet sein, damit Belastungen früh erkannt und Betroffene schnell an passende Hilfen vermittelt werden können. Jungen Menschen müssen die Angebote bekannt gemacht werden, damit sie sich entsprechend Hilfe suchen können.

CDU: Hilfe, wenn ihr sie braucht: Wir stärken Beratung, Prävention und Schulsozialarbeit direkt vor Ort und digital. Weniger Wartezeiten: Wir wollen mehr kinderärztliche, psychiatrische und psychotherapeutische Angebote nach Wolfsburg holen. Besser vernetzt: Schulen, Jugendhilfe und medizinische Angebote müssen im Krisenfall schnell zusammenarbeiten. Bewegung stärken: Moderne Sportstätten, Schwimmangebote und Vereine fördern körperliche und mentale Gesundheit.

PUG: Wer Hilfe braucht, muss sie schnell und unkompliziert bekommen. Gleichzeitig sollten wir junge Menschen darin stärken, Herausforderungen zu bewältigen, sich zu bewegen und Hilfe anzunehmen. Eine starke Gesellschaft lebt von Unterstützung, aber auch von Eigenverantwortung.

Bündnis 90 / Die Grünen: Wir stärken die sozialpsychiatrischen Dienste und bauen ein zentrales Beratungszentrum auf, das schnelle und respektvolle Hilfe in Krisen ohne Vorurteile bietet. An Schulen wollen wir die Akutberatung dauerhaft sichern und die wichtige Schulsozialarbeit als Herzstück des Schulklimas flächendeckend ausbauen. Für die körperliche Gesundheit sorgen wir für kostenloses, gesundes und vegetarisches Essen in Schulmensen sowie für frei nutzbare Outdoor-Sportparks und Skateflächen im Freien.

AfD: –

FDP: Wir fordern die Etablierung einer Mental-Health-Woche, in der darüber aufgeklärt wird, was psychische Erkrankungen sind, wie sie entstehen und welche Hilfen es gibt. Darüber hinaus wollen wir Begegnungsräume und Gemeinschaftsinitiativen sowie Hilfsangebote und Treffpunkte für junge Menschen mit psychischen Erkrankungen schaffen. Auch die physische Gesundheit muss weiter gefördert werden – insbesondere außerhalb von Sportvereinen setzen wir uns daher für mehr niedrigschwellige Sportangebote ein.

Die Linke: Weil junge Menschen nicht erst selbst zu Expert*innen des Hilfesystems werden müssen, um mit körperlichen oder psychischen Problemen ernst genommen zu werden, wollen wir in Wolfsburg ein niedrigschwelliges Gesundheitslotsen-Netzwerk mit Ansprechpersonen an Schulen und Jugendorten aufbauen. Wer sich dort Hilfe sucht, soll auf Wunsch eine Vertrauensperson an der Seite haben, die den passenden Weg durch das vorhandene Hilfesystem kennt, Kontakte herstellt, bei Bedarf begleitet und nachfragt, ob die Unterstützung tatsächlich angekommen ist. Ergänzend wollen wir das Wolfsburger PsychNAVI zu einem einfachen, jugendgerechten Zugang weiterentwickeln– denn egal, wo ein junger Mensch Hilfe sucht: es darf keinen falschen Startpunkt geben.

Volt: Als Volt wollen wir in Wolfsburg gezielt den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, indem wir sichere Räume schaffen und jungen Menschen (bspw. durch eine stärkere Sozialarbeit an Schulen) echte Rückendeckung geben. Doch das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und das schaffen wir als Politik nicht alleine: Wir brauchen Dich (Ja, Dich, der:die diesen Text hier gerade liest!) – engagier dich bitte für unsere Gesellschaft (bspw. im Ehrenamt) und gestalte zusammen mit uns dieses Umfeld, was sich für mehr Respekt, Akzeptanz, Teilhabe und Wirksamkeit einsetzt!

Bündnis Sahra Wagenknecht: Gerade junge Menschen brauchen in Wolfsburg leicht erreichbare Anlaufstellen, wenn sie psychische oder soziale Probleme haben – unabhängig davon, in welchem Stadtteil sie leben. Wir wollen deshalb niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote stärken und zugleich mehr Möglichkeiten für Sport, Bewegung und Begegnung schaffen, damit Prävention und Hilfe vor Ort stattfinden. Gerade den Themen Mental Health und Cybermobbing muss deutlich mehr Beachtung geschenkt werden; psychische Erkrankungen bei jungen Menschen dürfen kein Randthema sein, sondern müssen stärker auf die politische und gesellschaftliche Agenda gesetzt werden.

Inflation

Wie sorgt die Partei dafür, dass die steigenden Kosten junger Menschen in Wolfsburg zu bewältigen sind?

SPD: Die Stadt kann die Inflation nicht allein stoppen, aber sie kann dafür sorgen, dass gesellschaftliche Teilhabe nicht vom Einkommen der Eltern abhängt. Deshalb wollen wir kostenfreie oder günstige Angebote der Jugendförderung erhalten, Vereine und Jugendverbände unterstützen und Leistungen für Bildung und Teilhabe einfach und unbürokratisch zugänglich machen. Außerdem setzen wir uns für bezahlbaren Wohnraum und einen bezahlbaren ÖPNV ein, damit junge Menschen auch mit wenig Geld selbstständig am Leben in Wolfsburg teilnehmen können.

CDU: Bezahlbar leben: Wir setzen uns für bezahlbaren Wohnraum und günstige Mobilität für junge Menschen ein. Teilhabe für alle: Sport, Kultur und Freizeit dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Unterstützung vereinfachen: Bildungskarte und Leistungen für Bildung und Teilhabe müssen einfacher und digital zugänglich werden. Vereine stärken: Wir sichern günstige und kostenlose Angebote in Vereinen und Jugendzentren

PUG: Die Stadt kann die Inflation nicht abschaffen. Sie kann aber dafür sorgen, dass Wohnen, Mobilität sowie Sport- und Freizeitangebote bezahlbar bleiben und solide finanziert sind. Große Versprechen helfen wenig, wenn sie morgen nicht mehr bezahlt werden können.

Bündnis 90 / Die Grünen: Niemand darf wegen Geldmangels vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Deshalb machen wir die Teilnahme an Klassenfahrten, Ausflügen und Kulturangeboten (wie Musikschule oder Planetarium) unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Ein neuer Kulturpass soll freien oder stark vergünstigten Eintritt zu Veranstaltungen und Kultureinrichtungen ermöglichen. Mit bezahlbaren Mieten durch geförderten Wohnraum und dem günstigen Mobilitätsticket entlasten wir junge Haushalte direkt.

AfD: –

FDP: Wir wollen, dass Wohnen in Wolfsburg bezahlbar ist und bleibt und dass die Freizeitgestaltung nicht vom Geldbeutel abhängig ist. Deshalb setzen wir uns für bezahlbaren Wohnraum und attraktive, kostenlose oder günstige Angebote für junge Menschen ein. Treffpunkte, Sport- und Freizeitangebote sollen für alle zugänglich sein – unabhängig davon, wie viel Geld zu Hause zur Verfügung steht.

Die Linke: Weil Jung sein keine Frage des Geldbeutels sein darf, wollen wir kostenlose und günstige Freizeit-, Sport- und Kulturangebote sowie Jugendorte stärken, an denen Teilhabe auch ohne Konsum möglich ist. Vergünstigungen sollen möglichst unbürokratisch und ohne stigmatisierende Bedürftigkeitsnachweise gestaltet werden. Für den Schritt ins eigene Leben fordern wir städtische Grundstücke gezielt an gute Wohnkonzepte statt an Höchstbietende zu vergeben und auch gemeinsam mit der NEULAND mehr bezahlbare, WG-taugliche, gemeinschaftliche und generationenübergreifende Wohnangebote zu schaffen.

Volt: Teilhabe muss dauerhaft - auch unabhängig des Portemonees - möglich sein. Daher machen wir uns für den Erhalt von Rabatten in kommunalen Einrichtungen (bspw. Schwimmbädern) und wo es möglich ist, für die Ausweitung der Rabatte ein. Weiterhin setzen wir uns für die Stärkung des kommunalen Wohnungsbaus ein, denn das sorgt dafür, dass Mieten sozial gerecht und nicht profitorientiert gehalten werden können.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Gerade in Wolfsburg mit seinen hohen Lebenshaltungskosten muss Jugendpolitik auch sicherstellen, dass Freizeit, Sport und Kultur für alle jungen Menschen bezahlbar bleiben. Wir wollen deshalb kommunale Angebote und Vereinsleben stärken, Eintritts- und Teilnahmegebühren für Kinder und Jugendliche möglichst niedrig halten und dafür sorgen, dass soziale Teilhabe nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Zukunftsvision

Wie sieht die Vision von der Partei für Wolfsburg im Jahr 2035 aus?

SPD: Mit unserer Initiative „Wolfsburg 2035“ wollen wir bis 2035 neue Arbeitsplätze schaffen, damit junge Menschen hier eine gute Ausbildung finden, verschiedene Berufe wählen und ihre Zukunft in Wolfsburg planen können. Volkswagen bleibt wichtig, gleichzeitig wollen wir neue Unternehmen und Start-ups aus Bereichen wie Medizintechnik, Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft und grünen Technologien nach Wolfsburg holen. Unsere Vision ist eine Stadt, in der junge Menschen gut lernen und arbeiten, bezahlbar wohnen, klimafreundlich unterwegs sein und ihre Zukunft selbst mitgestalten können.

CDU: Stark und zukunftssicher: Volkswagen bleibt unser Anker, gleichzeitig holen wir neue Branchen, Forschung und Start-ups nach Wolfsburg. Eine Stadt für eure Zukunft: Gute Bildung, attraktive Jobs und bezahlbares Wohnen schaffen echte Perspektiven. Grün und digital: Wir entwickeln Wolfsburg zu einer modernen, nachhaltigen und digitalen Smart City. Eine Stadt zum Bleiben: Ihr sollt hier lernen, arbeiten, euch einbringen und eure Zukunft aufbauen können.

PUG: Ich wünsche mir eine wirtschaftlich starke, finanziell gesunde und lebenswerte Stadt. Eine Stadt, die ihren Kindern und Enkeln Chancen eröffnet, statt ihnen Schulden und ungelöste Probleme zu hinterlassen. Verantwortung endet für mich nicht bei der nächsten Wahl, sondern reicht bis zu den Generationen, die heute noch gar nicht geboren sind.

Bündnis 90 / Die Grünen: Im Jahr 2035 ist Wolfsburg eine klimaneutrale, digital moderne und sozial gerechte Modellstadt, in der man auch ohne Auto überall sicher hinkommt. Bis dahin wollen wir einen Radverkehrsanteil von 30 % erreichen und alle Schulen zu modernen, inklusiven Lernlandschaften umgebaut haben. Es ist eine bunte und offene Stadt, die Vielfalt als Stärke lebt und in der junge Menschen echten Einfluss auf die Politik haben.

AfD: –

FDP: Das Wolfsburg im Jahr 2035 ist ein Wolfsburg, in dem sich alle Menschen ein gutes Leben leisten können und die Stadt nicht mehr so stark von Volkswagen abhängig ist wie heute, da sich weitere Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen angesiedelt haben. Das Wolfsburg im Jahr 2035 ist ein sicheres, wirtschaftlich starkes und schuldenfreies Wolfsburg, in dem sich jede und jeder zuhause fühlt.

Die Linke: Wir setzen uns dafür ein, dass Wolfsburg 2035 für Vielfalt, Gemeinschaft und Fortschritt, der bei allen ankommt, steht. Dafür ist es unerlässlich, dass wir unsere städtischen Strukturen im Bereich Wohnen, Gesundheit, Bildung, Kultur, Jugendarbeit, Integration, Inklusion und politische Teilhabe schützen und ausbauen. Es braucht außerdem Mut insbesondere in der Wirtschaft neue Wege zu gehen, Innovationen eine Chance zu geben und bestehende Strukturen zu hinterfragen.

Volt: Wolfsburg entwickelt sich zur Vorreiter-Stadt der Republik, was Digitalisierung und Mobilität anbelangt Wolfsburg ist eine grüne Oase mit einer hohen Lebens- und Aufenthaltsqualität. Die Stadt hat sich durch eine starke Mitbestimmung der Menschen zu einer Menschenorientierten Stadt entwickelt, in der man wirksam sein kann.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Wolfsburg soll 2035 eine Stadt sein, in der junge Menschen nicht nur arbeiten oder einkaufen, sondern gerne leben, sich treffen und ihre Zukunft aufbauen. Wir wollen mehr attraktive, bezahlbare und frei zugängliche Orte für Jugendliche und junge Erwachsene schaffen und die Innenstadt gemeinsam mit ihnen weiterentwickeln. Wolfsburg soll 2035 auch jenseits von Arbeit und Autostadt eine lebendige Stadt sein.

Jugendpolitik

Was sind die wichtigsten Vorhaben von der Partei für junge Menschen in Wolfsburg in den nächsten Jahren?

SPD: Wir wollen die Jugendtreffs, die mobile Jugendarbeit, den Stadtjugendring und die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen dauerhaft stärken. Mit modernen Schulen, vielfältigen Ausbildungsplätzen und der Initiative „Wolfsburg 2035“ schaffen wir gute Chancen für den Start ins Berufsleben. Außerdem setzen wir uns für bezahlbare Mobilität und Freizeitangebote, bezahlbaren Wohnraum, verlässliche Beratung sowie attraktive und klimaangepasste Freiräume in allen Stadtteilen ein.

CDU: Beste Chancen: Moderne Schulen, starke Jugendangebote und echte Beteiligung. Bezahlbarer Alltag: Mehr bezahlbarer Wohnraum und verlässliche Mobilität. Gesund aufwachsen: Bessere Prävention, Beratung und medizinische Versorgung. Zukunft in Wolfsburg: Neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze – mit soliden Finanzen statt Schulden von morgen.

PUG: Die wichtigsten Vorhaben sind für mich gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze, bezahlbarer Wohnraum, verlässliche Mobilität und eine Stadt, die jungen Menschen echte Chancen eröffnet. Gleichzeitig müssen wir die finanzielle Handlungsfähigkeit Wolfsburgs sichern, damit diese Angebote auch für kommende Generationen erhalten bleiben. Junge Menschen sollen nicht nur Gegenstand politischer Entscheidungen sein, sondern dort mitreden können, wo Entscheidungen sie unmittelbar betreffen.

Bündnis 90 / Die Grünen: Unsere Top-Ziele sind der Ausbau von echten, überdachten und konsumfreien Treffpunkten (z.B. Sport-, Bolz- und Skateparks) direkt in der Innenstadt und den Stadtteilen, damit ihr euch ohne Kaufzwang treffen könnt. Mit der „Schule für alle“ wandeln wir bestehende Schulzentren in Integrierte Gesamtschulen um, um unfaire Losverfahren um die begehrten Gesamtschulplätze in Wolfsburg endgültig zu beenden. Zudem führen wir ein Schüler*innenticket ohne Mindestentfernung ein, damit du unabhängig vom Wohnort oder dem „Elterntaxi“ kostenlos und flexibel zu deiner Schule und deinen Freizeitaktivitäten kommst.

AfD: –

FDP: Wir wollen, dass junge Menschen in Wolfsburg nicht nur gefragt, sondern auch gehört werden. Deshalb setzen wir uns für mehr Mitspracherecht von Schülerinnen und Schülern ein und wollen, dass die Stadt junge Menschen bei Entscheidungen, die sie betreffen, von Anfang an einbezieht. Mehr Freizeitangebote, gute Ausbildungsplätze und beste Bildung gehören für uns genauso dazu wie echte Chancengerechtigkeit – damit jede und jeder die Möglichkeit hat, das eigene Leben selbst zu gestalten, sei es in der Schule sowie darüber hinaus!

Die Linke: Unsere wichtigsten Vorhaben sind gute Bildung, politische Teilhabe und echte Chancen auf ein selbstständiges Leben. Wir wollen KiTas und Schulen zu gut ausgestatteten, inklusiven Lern- und Lebensorten machen und Schulsozialarbeit sowie offene Kinder- und Jugendarbeit stärken. Gleichzeitig wollen wir kostenlose bzw. günstige Sport-, Kultur- und Freizeitangebote, Jugendzentren und freie Jugendkultur verlässlich ausbauen, damit junge Menschen unabhängig vom Einkommen (ihrer Eltern) am Leben in Wolfsburg teilhaben können

Volt: Die Verbesserung von Mobilität zur Schaffung einer niedrigschwelligen und gerechten Teilhabe von allen unabhängig des Portemonees. Wir wollen, dass sich Wolfsburg mehr zu einer Stadt für alle entwickelt, in der Mitgestaltung und durchgängige Teilhabe, bspw. durch Bürger:innenbudgets, unabhängig vom sozialen Status und des eigenen Budgets möglich ist. Wolfsburg muss sich unbedingt zur klimaresellienteren Stadt entwickeln, um auch in Zukunft Lebenswert zu bleiben.

Bündnis Sahra Wagenknecht: Unser Ziel ist, dass junge Menschen in Wolfsburg nicht nur gute Arbeitsplätze finden, sondern auch gute Bedingungen zum Leben vorfinden. Deshalb setzen wir uns besonders für bezahlbares Wohnen, attraktive Jugend- und Freizeiträume, eine verlässliche Mobilität und echte Mitbestimmung junger Menschen in allen Stadt- und Ortsteilen ein.

---

zusammen, halt.

Noch ein wichtiger Hinweis:

Alle Parteien und Wähler*innengruppen, die zur Wahl des Stadtrats in Wolfsburg antreten, hatten vom 31. Juli bis zum 24. August 2026 die Möglichkeit, unsere jugendpolitischen Fragen zu beantworten. Die Antworten werden hier inhaltlich unverändert gegenübergestellt.
Dieses Plakat dient der Information und stellt keine Wahlempfehlung dar.
Politische Positionen können sehr unterschiedlich sein und werden teilweise kontrovers diskutiert. Deshalb empfehlen wir grundsätzlich, politische Aussagen kritisch zu prüfen und euch zusätzlich über Programme, Ziele und weitere Positionen der Parteien zu informieren.

Informiert euch. Hinterfragt. Entscheidet selbst.

SCAN ME

Du willst mehr erfahren? Dann scan den QR-Code!

JUGEND RAUM GEBEN!

Wolfsburg